



Keine Geburten mehr in Bergheim?

Kleine Anfrage gestellt — Wie geht es weiter mit der Gesundheitsversorgung ?

Die Ankündigung des Maria-Hilf-Krankenhaus in Bergheim Gynäkologie und Geburtsstation zu schließen hat für große Aufregung in Bergheim und umliegenden Städten gesorgt. In einer Kleinen Anfrage habe ich die Landesregierung nach konkreten Unterstützungsmöglichkeiten gefragt, damit die Geburtsstation doch weiterbetrieben werden kann.

Die Stärkung der gesundheitlichen Familieninfrastruktur ist auch deshalb wichtig, weil Bergheim und der nördliche Rhein-Erft-Kreis Zuzugsregion des Ballungsraums Köln sind und auch im Zuge des Strukturwandels die entspre-

chenden Angebote für eine attraktive Region bedeutsam sind.

Ganz grundsätzlich möchte ich mit meiner Kleinen Anfrage auch dazu beitragen, dass das Thema „Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum“ auf die Tagesordnung kommt. Auch anderswo stehen Geburtsstationen auf der Kippe, kleine Krankenhäuser sind gefährdet und gleichzeitig wird unsere Gesellschaft älter und braucht entsprechende Versorgungsangebote in Wohnortnähe. Ähnliche Fragen stellen sich bei der Hausarzt und Facharztversorgung oder bei Notfallpraxen.

1. Strukturkonferenz 2019: jetzt anmelden!

Am ersten Februar sollen die Ergebnisse der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung verkündet werden. Die SPD-Kreistagsfraktion lädt

Struktur Konferenz 2019

dazu passend zur ersten Strukturkonferenz 2019 nach Kerpen-Sindorf ins Michael Schumacher Business Center ein. Ziel ist es die Generationenaufgabe Strukturwandel zu einem gesamtgesellschaftlichen Projekt zu machen. Dafür muss ein breiter Dialog aller gesell-

schaftlichen Gruppen und Akteure dauerhaft in Gang kommen.

Im Landtag haben wir bereits [mehrere umfangreiche Anträge](#) zur erfolgreichen Umgestaltung des Rheinischen Reviers gestellt und die Konferenz soll weitere Impulse liefern. Wir wollen dabei offenen Dialog, statt blinder Ideologie.

Es wird Impulsvorträge zu den Themen „Rekultivierung“, „zukunftsichere Stadtentwicklung“ und zur zukünftigen Rolle des Braunkohlereviers in der Energiewende geben. Anschließend werden die Themen in Workshops vertieft. [Infos und Anmeldung online.](#)

Unterstützt das Bündnis „Wir wollen wohnen“!

Letztes Jahr habe ich vor den Plänen der Landesregierung zur Abschaffung des Mieterschutzes gewarnt. Die SPD-Landtagsfraktion hat zwischenzeitlich Vorschläge gemacht, wie deutlich mehr

Wir wollen wohnen - bezahlbar machen!

- **landeseigene Wohnungsbaugesellschaft**
- **verstärkte Förderung von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften & -genossenschaften**
- **Erhöhung des Fördervolumens im Sozialen Wohnungsbau**
- **Flexibilisierung der Förderkonditionen**

#WohnenBezahlbarMachen

günstige Wohnungen geschaffen werden können und auch aus Berlin gibt es dazu gute Initiativen.

Anfang der Woche hat sich nun ein Aktionsbündnis aus Deutschem Gewerkschaftsbund, Mieterverein und Sozial- und Wohlfahrtsverbänden gegründet, um sich für bezahlbares Wohnen einzusetzen. Die erste große Unterschriftenaktion wendet sich gegen die Abschaffung des Mieterschutzes durch die Landesregierung. Ich fände es schön, wenn Sie die Aktion [online](#) unterstützt würden.

Ihr